

Wider die Politik der Bauchthemen

Das Geschäft mit der Politik ist ein trockenes. Das sehen die Politiker nicht selten selbst so. Auf jeden Fall aber sehen das die meisten Fernsehzuschauer und Zeitungsleser so. Mit der neuen Schnelligkeit in unseren Leben und der ständigen Verfügbarkeit aller nur denkbaren und undenkbaeren Informationen hat sich das Medienkonsumverhalten grundlegend gewandelt. Schnell muss es gehen. Deshalb ersetzen Schlagworte ausführliche Erläuterungen und emotionale Bilder machen das Informieren und die anschließende Analyse über eine mögliche persönliche Betroffenheit überflüssig. Wer einmal in die großen, nassen Augen eines Robbenbabies blicken musste, zweifelt bestimmt nicht mehr daran, dass die Polkappen am Schmelzen gehindert werden müssen, kostet es was es wolle. Voila – schon ist der menschliche Verstand auf Standby.

Politiker müssen sich diesem Reflex widersetzen. Keine Kommune kann sich Entscheidungen leisten, die nicht zweckmäßig und angemessen sind. Für Ideologen schwer hinzunehmen. Deshalb machen Umweltlobbyisten auch so gern mobil für absolute Vorschriften und maximale Maßnahmen. Ein Beispiel: Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) und die verwandte Vogelschutzrichtlinie diktieren den Vorrang geschützter Arten vor den Interessen der Menschen in einer Region, zumindest werden sie in Deutschland so interpretiert. Für die Ausweisung von Schutzgebieten zählen allein die Kriterien des Artenschutzes. Dabei ist dies keine genaue Wissenschaft. Die Zahl der jährlich aussterbenden Arten liegt zwischen 60 und 40.000. Und die Zahl der auf der Welt existierenden Arten liegt geschätzt bei bis zu 30 Millionen Arten, während uns bislang 1,5 Millionen davon bekannt sind. Vielleicht können diese Zahlen den Grad der Erkenntnis etwas illustrieren.

Seit den frühen 70er Jahren wird in Deutschland aktiv Arten- und Naturschutz betrieben, mit großem Einsatz von Mitteln und ebenso großer Bereitschaft des Umdenkens. Dennoch geben Statistiken wieder, dass es keinerlei Verbesserungen auf den Roten Listen zum Erfolg hatte, im Gegenteil. Wie kann das sein? Nun, auf jeden Fall werden dann und wann Arten wieder von der Liste genommen, neue kommen dazu.

Ja, unsere Natur braucht Schutzräume, in denen sie sich von menschlichen Eingriffen ungestört entfalten kann. In den von Menschen dicht besiedelten Gebieten Mitteleuropas erscheint aber die Abschottung der Natur unwirklich. Wir Menschen leben mit unserer Tier- und Pflanzenwelt, wir bekämpfen sie nicht. Wir erkennen an, dass die Natur schützenswert ist. Und wir wollen auch unseren Kindern und Enkeln ermöglichen, einmal über eine nicht weniger arten- und facettenreiche Natur zu stauen, als wir es heute tun. Dafür muss der Artenschutz sich wandeln und verbessern. Wir brauchen mehr Wissen über die einheimischen Arten und weniger Denkverbote, mehr Augenmaß und weniger Dogma. Niemand darf als ungläubig oder gestrig abgestempelt werden, nur weil er Fragen stellt, Näheres über vermeintliche Experten und Tatsachen erfahren will oder Einsatz und Nutzen einer Maßnahme abzuwägen rät. Denn nur Fakten über tatsächliche Gefährdungen sowie den realen Nutzen von Maßnahmen sind die Grundlagen liberaler Umweltpolitik.

Ähnlich aufgeregt wurde und wird die Diskussion um Feinstaub, Aktionspläne und Umweltzonen in Deutschland geführt. In Sachen Feinstaub sind wir Europas Musterschüler. Kaum ein anderer EU-Mitgliedsstaat hat mehr Messstationen an so ausgesuchten Standorten, nämlich an denen mit besonders hohem Aufkommen, ungeachtet dessen, ob sich an dieser Stelle überhaupt Menschen zahlreich und dauerhaft aufhalten (Autobahnnähe, Schnellstraßen etc.). Kaum ein anderer EU-Mitgliedsstaat hat

inzwischen in fast allen Großstädten Umweltzonen eingerichtet und Aktionspläne aufgestellt.

Am Beispiel von Berlin lässt sich besonders gut erklären, warum liberale Umweltpolitik die Abwägung von Aufwand und Nutzen so vehement verteidigt, auch gegen alle die, die uns zur Retourkutsche Umweltverpester nennen – nur um nicht zu den Tatsachen Rede und Antwort stehen zu müssen. Auf nach Berlin: Nach hundert Tagen Umweltzone bewies die erste Bilanz in Berlin: Messbaren Einfluss auf die Luftqualität hat die Maßnahme nicht. Im Zeitalter moderner Abgasnormen sind Verkehrsbeschränkungen kein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Luftqualität. Geschätzte Kosten für die Etablierung und Kontrolle der Umweltzone in Berlin: ein hoher zweistelliger Millionenbetrag. Nutzen: zumindest fraglich bis nicht erkennbar.

Es ist kein politisches Ziel, innerorts nur noch Tempo 30 zu fahren, das Fahren gar ganz zu untersagen oder Lagerfeuer im Garten zu verbieten. Hingegen ist es ein ernst zu nehmendes politisches Ziel, unsere Luftqualität weiter zu verbessern. Weil die Luftverschmutzung ein grenzüberschreitendes Problem ist, entfalten lokale und regionale Maßnahmen aber nur begrenzt Wirkungen. Es ist auch höchste Zeit, sich einer wissenschaftlichen Erkenntnis zu stellen: Kurzfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der 35. Tagesgrenzwertüberschreitung sind wirkungslos. Gegen den Einfluss des Wetters hilft kein kommunaler Aktionsplan. Zielführender erscheint es deshalb, sich zunächst den Feinstaubverursacher genauer anzusehen. Weniger als ein Drittel der Emissionen gehen auf den Verkehr zurück, dessen Regulierungsdichte bereits ein Höchstmaß erreicht haben dürfte, Schifffahrt ausgenommen. Inversionswetterlagen, in denen Luftströme stillstehen, dürfen betroffenen Regionen nicht zulasten gelegt werden. Hingegen können Anrainer und Neumitglieder der EU durchaus aufgefordert und dabei unterstützt werden, schnellstmöglich die europäischen Umweltstandards für ihre Nationen umzusetzen. Die Hälfte des brandenburgischen Feinstaubaufkommens ist beispielsweise auf polnische Industrieanlagen oder Kohleheizungen in Privatwohnungen zurückzuführen. Dies ist kein Plädoyer, allen anderen Staaten unsere hohen Standards aufzuzwingen, sondern ein Plädoyer für Sachlichkeit und Augenmaß. Volkswirtschaftliche Kosten und gesundheitlicher Nutzen dürfen nicht völlig voneinander losgelöst betrachtet werden. Umweltpolitik soll zunächst nicht an den ganz kleinen, sondern erst an den großen Schrauben drehen. Das ist der Unterschied zwischen Politik und Aktionismus.

Es macht uns Angst, dass feinste Staubpartikel Atemwegserkrankungen verursachen und verschlimmern können. Zu recht. Es ist eine Tatsache. Und es ist die Pflicht der Politik, Maßnahmen zur Verringerung des Feinstaubaufkommens zu ergreifen und die Menschen möglichst vor vermeidbaren Gesundheitsrisiken zu schützen. Aber diese Angst darf nicht blind machen für Realität. In der zählen keine guten Absichten. Nur Ergebnisse.

Zurück zu den süßen Robbenbabies mit den herzerweichend großen, nassen Augen. Dieser Tage geisterte erneut die Nachricht durch die Medien, dass die Temperatur des Nordpols fünf Grad über dem Durchschnitt liegt. Diese Nachricht erscheint zunächst alarmierend. Genauer betrachtet ist aber festzustellen: Der Durchschnitt bezieht sich nicht etwa auf die vergangenen hundert oder tausend Jahre, sondern auf die Zeit seit 1979 (bis 2000). Das stuft diese Meldung allerdings zurück in den Status einer unbedeutenden Zwischenstands. Denn dass Wetter und Temperaturen keine statischen Größen sind und sich wärmere und kältere Jahre abwechseln, das erkennen selbst die hartnäckigsten Umweltlobbyisten an.

Bei uns in Mitteleuropa zeichnet sich übrigens seit Jahren ein anderes Bild ab: Im Jahresmittel sinken und Temperaturen wieder. Der Klimawandel macht Pause. Und während der Nordpol an Eis verliert, wachsen die Eismassen dafür am Südpol.

Gibt es diesen Klimawandel überhaupt? Ja. Ihn oder seine Ursachen infrage zu stellen, ist allemal unsinnig. Vielmehr müssen wir uns der Frage stellen, welche politischen Schlussfolgerungen und Maßnahmen die Kenntnis vom Klimawandel nach sich ziehen muss. Gerade wir Liberale sollten uns stärker als bisher der weit verbreiteten Weltuntergangs- und Klimakatastrophenrhetorik entgegen stellen. Denn keine wissenschaftliche Erkenntnis weist auf bevorstehende Katastrophen hin. Es handelt sich um leicht zu entlarvende politische Übertreibungen. Letztlich wird für den Erfolg im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts die intelligente Beantwortung von zwei Fragen entscheidend sein: Woher kommt unsere Energie? Und wie setzen wir sie effektiv ein? Eine besonders teure und bisweilen sehr ideologische CO₂-Vermeidungspolitik wird nicht zum Erfolg führen. Die Verhinderung von neuen, hocheffizienten Kohlekraftwerken ist genauso unsinnig wie das Verbot von Heizpilzen. Die Politik muss Forschung und Wissenschaft ohne Denkverbote ermöglichen und unterstützen. Wie klein muss unser Vertrauen in den Erfindungsgeist der Europäer sein, dass wir glauben, schon heute zu wissen, was in 50 oder 100 Jahren unsere Energiequellen sein müssen? Politische Langfristziele werden oft diskutiert und beklatscht. Letztlich ist das nichts anderes als eine Anmaßung von Wissen. Der technische Fortschritt ist unaufhaltbar. Auch in Zukunft werden Techniker und Ingenieure Ideen umsetzen, von denen wir heute nicht träumen wagen. Hätte im Jahr 1950 jemand gefordert, die Dichte öffentlicher Telefonzellen in Deutschlands Innenstädten bis zum Jahr 2000 zu verdreifachen, wäre der Beifall sehr groß gewesen. Aus damaliger Sicht gewiss ein sinnvolles Ziel. Die Erfindung des Mobiltelefons, die sich seinerzeit keiner vorstellen konnte, hat dieses Ziel ad absurdum geführt.

Nicht nur die Denkverbote rund um Energieträger erscheinen befremdlich, auch die Zweckmäßigkeit des Kyoto- Protokolls zu hinterfragen erscheint kaum „erlaubt“ zu sein. Die Frage nach der Wirksamkeit der getroffenen Vereinbarungen muss aber gestellt werden. Wenn der Klimawandel überhaupt aufzuhalten ist, dann nicht von Europa allein. Die Welt ist heute so, als hätte es das Kyoto Protokoll nie gegeben. Emissionsminderungen wurden nicht erreicht. Die Herangehensweise an ein neues Abkommen braucht Realitätssinn! Europas unangefochtene Vorreiterrolle allein wird nicht reichen, um alle großen Emittenten hinter ein völkerrechtliches Abkommen zu versammeln. In Zeiten wachsender wirtschaftlicher Risiken wird die Bereitschaft, sich auf ein wachstumsbeschränkendes Abkommen einzulassen, weiter zurückgehen.

Die Finanzmarktkrise rückt nun alles in ein neues Licht, erlaubt uns hoffentlich die Frage nach Aufwand und Nutzen. Fakt ist: Der von der EU eingeschlagene Weg ist ein Irrweg. In den Vordergrund muss bei einem sinnvollen Emissionshandelssystem die CO₂-Minderung gestellt werden, nicht die faktische Einführung einer neuen Steuer, die europäische Unternehmen zahlen müssen, ihre internationalen Wettbewerber aber nicht. Was nützen uns die höchsten Standards und Auflagen, wenn die davon betroffene Industrie nicht mehr in Europa siedelt?

Zeitgleich dürfen wir nicht verschlafen, uns um die Folgen des Klimawandels zu kümmern. Deichbau und Hochwasserschutz, Agrarpolitik und Naturschutz gehören zu einer klugen Klimafolgenpolitik und dürfen nicht auf morgen verschoben werden mit dem Argument, der Klimawandel sei noch aufzuhalten.

Verehrte Leserinnen und Leser, lassen Sie sich nicht beirren von unserem Robbenbaby. Die Zeiten haben immer zum Handeln gedrängt, aber niemals zu überstürztem. Die Geschichte lehrt uns Besonnenheit. So drohte in den Achzigern das unwiderrufliche Waldsterben, heute ist er gesünder und in Europa weiter verbreitet denn je. Schon seit

den Siebzigern droht ein beispielloses Artensterben. Aber die Wahrheit ist: Viele einheimischen Arten haben sich wieder erholt, sind zurückgekehrt oder in andere Breitengrade umgesiedelt. Nie seit der Industrialisierung waren unsere Gewässer, Böden und unsere Luft sauberer. Unser Fortschritt hat es möglich gemacht. Ein pragmatischer Ansatz in der Umweltpolitik braucht offene Sinne für die andere Seite der Medaille! Eine gehörige Portion Zukunftsoptimismus und Immunität gegen den alltäglichen Alarmismus sind die beste Voraussetzung um zu erkennen, dass die Dinge nicht nur schlechter werden. Heute ist unsere Agrarwirtschaft modern und kann auf weniger Fläche mehr produzieren. Qualmende Fabrikschlote sind schon lange Vergangenheit, dank Technik und Wissenschaft. Wir haben Drei-Liter-Autos, Erdgasbusse und Wärmeisolierungen für unsere Häuser. Nichts davon gäbe es heute, gäbe es nicht den Wettbewerb und die Marktwirtschaft. Das waren und sind die zuverlässigsten Weltverbesserer. Sorgen wir dafür, dass sie es auch in Zukunft sein können.